

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Gerber, Induktriehalle
Kirschgasse
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz zahlen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
dessen bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Reuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Gouvert)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reuzband).
Inserte
Die dreizehnpennige Zeitspaltzeile
20 Gt. — 20 Pf.

N^o. 6.

Sonntag, 9. November.

1879.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezu verfolgt wird und die dortigen Behörden sich der Mithilfe geben, unsere Verordnungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die ängstliche Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Verlässlichkeit verläumt werden, die Briefmarken über den wahren Namen und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu sichern. Hauptforderung ist hierzu erreicht, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch aus möglichst unerschütterlicher Zustellungsadresse mitgeteilt werden. Im zweifelhafte Fällen empfiehlt sich bezugs größerer Sicherheit Kommandirung. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

An die deutschen Parteigenossen!

Freunde und Gesinnungsgenossen!

Nachdem es uns durch Schaffung eines gemeinsamen Parteiorganes wieder möglich geworden ist, zu einander zu reden und unsere Partei-Angelegenheiten, soweit sie sich unter den heutigen Umständen für die Öffentlichkeit eignen, öffentlich zu behandeln, wird es eine unserer ersten Aufgaben sein müssen, in ausgedehnterem Maße als bisher für diejenigen Genossen zu sorgen, die ihrer Ueberzeugung wegen ins Gefängnis geworfen, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes aus ihrer Heimath und von ihrem Erwerbe getrieben und sonstwie durch politische Maßregelungen ihrer Existenzquellen beraubt worden sind. Die Zahl unserer Inhaftirten ist noch immer groß und wie die Dinge jetzt liegen, kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß sie sich eher vermehren, als vermindern wird.

Und die Zahl der Ausgewiesenen — der Opfer des Berliner Belagerungszustandes — nimmt fortwährend zu. Das Jahr, für dessen Dauer der Belagerungszustand proklamirt wurde — eine längere Frist läßt das Gesetz nicht zu — ist in wenigen Wochen abgelaufen, und die Regierung will ihn verlängern. Die Massenarrestationen, zu denen sie plötzlich wieder gegriffen hat, haben zum Hauptzweck, im Publikum den Glauben an eine Befreiung des öffentlichen Friedens durch die Sozialdemokratie zu verbreiten und die öffentliche Meinung der geplanten Verlängerung des Belagerungszustandes günstig zu stimmen. Vielleicht hofft man auch, durch die massenhaften Ausweisungen, die uns bedeutende Geldopfer auferlegen, die Partei, der man sonst nicht beikommen kann, mürbe zu machen. Auffallend ist jedenfalls, daß die Polizei sich regelmäßig Familienväter ausfindet.

Ueberhaupt ist die Situation eine solche, daß wir auf eine Verschärfung der Reaktionsmaßregeln und auf ausgebreitete Verfolgungen gefaßt sein müssen! Da gilt es, das Gefühl der Solidarität im vollsten Maße zur Geltung zu bringen.

Alle für Einen, Einer für Alle — war stets die Losung unserer Partei, und stets wurde es als heilige Pflicht anerkannt, den Gefangenen, ausgewiesenen und sonst von den Verfolgungen des Polizeistaates betroffenen Genossen helfend zur Seite zu stehen und ihnen die Sorge um die Familie abzunehmen.

Wir wissen wohl, daß unter den obwaltenden Verhältnissen es keine beträchtlichen Schwierigkeiten hat, für solche Zwecke Geld zusammen zu bringen; aber es muß geschehen und an den Opfermuth der deutschen Sozialdemokraten ist noch niemals umsonst appellirt worden! Seit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes hat bisher die Unterstützung auf vergleichungsweise wenigen Schultern geastet. Das Groß der Genossen konnte nicht herangezogen werden. Dies kann und muß nun geschehen. Einzelnen darf nicht überlassen bleiben, was Sache der Gesamtheit ist. Und für Einzelne ist auch die Last zu groß.

Genossen, Freunde! Jeder von Euch hat die Pflicht, für die Opfer des Kampfes einzutreten. Und von Jedem von Euch erwarten wir, daß er seine Pflicht erfüllt.

Jeder muß beisteuern, soweit seine Kräfte reichen! Jeder muß in seinem Kreise zur Pflichterfüllung anspornen!

Freunde! Sammelt in allen Fabriken und Werkstätten, wo Ihr wißt, daß sich treue Genossen finden. Sammelt, wo sich die Gelegenheit bietet! Sammelt überall mit Eifer und — mit Vorsicht.

Mit Vorsicht, — denn obgleich das Sammeln nicht gegen das Gesetz verstößt, so ist es doch gut, überflüssige Konflikte mit den Polizeiorganen zu vermeiden.

Damit aber auch der Ertrag der Sammlungen seiner richtigen Bestimmung zugeführt werde, empfiehlt es sich, das gesammelte Geld an die Euch als zuverlässig bekannten Adressen in Deutschland zu schicken. Wer keine ganz zuverlässige Adresse hat, der erkundige sich bei der Redaktion des „Sozialdemokrat“, die ihm gern die nöthige Auskunft erteilen wird.

Zur besseren Kontrolle möge bei jeder Sendung bemerkt werden, unter welchem Zeichen die Quittirung im „Sozialdemokrat“ erfolgen soll.

Gedenkt jeder sein Scherlein, damit unsere Nachkommen nicht sagen können, wir hätten, durch Verfolgungen eingeschüchtert, unsere Freunde in der Noth verlassen, in die sie gerathen sind, weil sie für unsere Sache gewirkt.

Die, welche sich für uns geopfert, haben ein Recht auf unsere Unterstützung!

Kein weiteres Wort mehr! Thue Jeder seine Schuldigkeit!

Deutschland, den 24. Oktober 1879.

Sozialistischer Arbeiterkongress zu Marseille.

II.

In der zweiten Sitzung, welche am 21. Oktober stattfand und vom Vgr. Salomon präsidirt wurde, wurden zuerst Zustimmungsadressen von Angoulême, Amiens und Moreuil verlesen.

Hierauf erstattete Vgr. Delmas Namens der Syndikatskammer der Marseiller Lohgerber über die frühere und jetzige Lage seines Gewerbes, welche letztere er als traurig schildert, Bericht. Als einziges Hilfsmittel aber, die schlechte Lage des Arbeiters zu bessern, anerkennt er die Assoziation aller Arbeiter, weshalb er den Antrag stellt: 1) daß sich alle Arbeiter je nach ihren Gewerkszweigen in Syndikatskammern gruppiren, 2) daß sich diese verbänden sollen und 3) daß zu deren Leitung ein Central-syndikat mit dem Sitz in Paris errichtet werden soll.

Vgr. E. Verdier referirt über die Lage der Metallarbeiter im Norddepartement; von den Einzelheiten ist als besonders schrecklich die Lage der Arbeiterinnen in den mechanischen Wollstrampelereien hervorzuheben, welche regelmäßige Nachtarbeit haben, bei einer Temperatur von 40—45 Wärmegraden 22 Stunden arbeiten müssen und dafür höchstens 2 $\frac{1}{4}$ —3 Franken erhalten. Außerdem ist ihre Arbeit sehr gefährlich und der Verlust von Fingern, ja der ganzen Hand durch die Maschinen nichts seltenes; eine Entschädigung für solche Unfälle wird aber nie gewährt.

Vgr. Forissier schildert die Arbeits-, Lohn- und Unterrichtsverhältnisse in den Kohlenwerken des Loiredepartements in lebhaften Farben. Von einem Unterricht der Kinder ist kaum die Rede, da diese, um zum Unterhalt der Familie beizutragen, täglich 12—14 Stunden für einen Hungerlohn in den Gruben arbeiten müssen; kommen sie dann aber ermüdet in die Schule, so bekommen sie dort nichts als Katechismus, Gebete u. dgl. Aberglauben zu hören. Die Lohnverhältnisse haben sich seit 30 Jahren immer verschlechtert, denn die Lebensmittel sind seitdem um mehr als 50 % die Löhne aber kaum um 1/2 gestiegen. Die Sicherheitsvorrichtungen und die Knappschaftskassen sind in dem schlechtesten Zustand.

Weiter berichten die Vgr.: Tranier über die Lage der Landarbeiter, der Möbelschleifer und der Schneider von Toulouse und Umgebung, wobei er namentlich konstatiert, daß auch unter den erstern hier und da bereits eine bessere Einsicht hinsichtlich der Bestrebungen der aufgeklärten Arbeiter Platz zu greifen beginne; Prat von Lyon über die Verhältnisse der dortigen Lederarbeiter; Delafortue über die Lage der Metallarbeiter und der Leinen- und Baumwollenarbeiter von Lille; Beyghin über die infolge der besonders großen Theuerung der Lebensmittel besonders traurigen Arbeiterverhältnisse im Norden; Loudon über die landwirthschaftlichen, industriellen, Handwerker- und Handelsverhältnisse, über die überaus schlimme Lage des niederen Eisenbahnpersonals und die schädliche Konkurrenz der Gefängnisse und Klöster in Montpellier.

Vgr. Auguste erstattet Namens der „Société générale des agriculteurs“ von Aix ein sehr instruktives Referat über die Arbeits- und Erwerbsverhältnisse der französischen Landwirtschaft, auf welches wir vielleicht späterhin noch einmal zurückkommen.

Nachdem noch zwei unverlesene Berichte über die industriellen Verhältnisse Lyons und Wiennes zum Abdruck dem „Bulletin officiel“ überwiesen worden, wird die Sitzung geschlossen.

Der dritten Sitzung vom 22. Oktober, welche von mehr als 1000 Zuhörern besucht war, präsidirt Vgr. Bonne. Zu Beginn der Sitzung gelangen die Antworten des Kongresses auf die eingelaufenen Begrüßungsschreiben, sowie einige Sympathieadressen an den Kongress zur Vorlesung.

Hierauf folgt der Bericht der Bürgerin Hubertine Auclet, Delegirten der Pariser Gesellschaft der Frauenrechte und der Arbeiterinnen von Belleville, über die Frauenfrage. Derselbe ist nächst dem Referate Lombards (wenn auch in ganz anderer Art und andern Grad als dieser) wol der bemerkenswertheste der zahlreichen bis jetzt erstatteten »rapports«. Hubertine Auclet schmeichelt, obgleich sie freudig anerkennt, daß der Kongress der erste Wahlkörper sei, welcher die Frauen als vollkommen gleichberechtigte Mitglieder aufnehme, — den Arbeitern doch im Gegensatz zu manchen andern Rednern keineswegs, sondern sagt ihnen vielmehr recht berbe Wahrheiten, die auch auf einen großen Theil unserer deutschen Genossen Anwendung finden und von diesen daher wol beherzigt werden mögen. Rednerin beginnt mit einer scharfen Präzision ihres Standpunktes, indem sie betont, daß sie nicht als Arbeiterin, sondern lediglich als Weib spreche, welche Eigenschaft allein schon sie als Unterdrückte und Ausgebeutete kennzeichne und ihr ein Anrecht gebe, von den gegen jede Unterdrückung kämpfenden Proletariern Anerkennung der Rechte ihrer Leidensgefährten und Unterstützung in deren Streben nach Befreiung zu fordern. Das Weib ist in unserer heutigen Gesellschaft auf den Untergrund der Knechtschaft herabgedrückt, sie ist die Sklavin des Mannes und politisch vollkommen recht-

los. Und diese drückende Fessel ist nicht einmal von der großen Revolution, welche so viele Ketten gebrochen hat, gelöst, noch auch nur erleichtert worden. Die Frauen vor allem hatten für die Revolution gearbeitet und als sie dann als Lohn ihre Freiheit forderten, machte man sie lächerlich und insultirte sie, Schaumette jagte sie aus dem Stadthaus und der Konvent schloß ihre Klubs und verbot ihnen, sich zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten zu versammeln. Und dies that er zur selben Zeit, als er laut über alle Welt hin die Menschheit und Bürgerrechte der Freiheit und Gleichheit verkündigte! Keuchend aber handeln zahlreiche Arbeiter und selbst nicht wenige Sozialisten, welche mit tönender Stimme die Emanzipation des Proletariats fordern, ohne dabei im mindesten an eine Befreiung der noch ärger unterdrückten Frauen zu denken. Viele von Euch haben über diese Frage kaum jemals nachgedacht. Und doch, wenn ich in dieser stattlichen Versammlung die Frage stellte: Treitet Ihr ein für die menschliche Gleichheit? — so würden wir sicher alle mit Ja antworten; denn die große Mehrheit der Männer versteht unter menschlicher Gleichheit die Gleichheit der Männer! Wenn ich aber die Frage so stellte: Stimmt Ihr für die Gleichheit von Mann und Weib? — da würden mir wol Viele antworten: Nein. Nun, was redet Ihr denn dann von Gleichheit, wenn Ihr, selbst unter dem Joch der Knechtschaft, Eurerseits wieder andere Menschen knechten wollt? Was beschwert Ihr Euch über die herrschenden Klassen, da Ihr doch dasselbe, was sie gegen Euch thun, gegen die Frauen thut? . . . Ihr könnt Eure Forderung nach Befreiung nur auf die Gleichheit alles, was Menschenangeficht trägt, gründen. Oder, wenn Ihr Eure Rückforderungen nicht auf die Gerechtigkeit und das natürliche Recht basirt, wenn Ihr, Proletarier, selbst Privilegien, nämlich die Vorrechte des Geschlechtes, erhalten wollt, — welchen Rechtsgrund habt Ihr dann für Eure Beschwerden gegen die Vorrechte der Klasse? Was könnt Ihr den Herrschenden, die Euch unterdrücken und ausbeuten, vorwerfen, wenn Ihr selbst das menschliche Geschlecht in höhere und untergeordnete Wesen theilt? . . . Nachdem Rednerin die natürliche Gleichberechtigung des Weibes mit dem Manne nach verschiedenen Gesichtspunkten erörtert, fordert sie auch ökonomische Unabhängigkeit für das Weib und weist nach, wie die als Mutter und Hausfrau waltende Frau keineswegs vom Mann „ernährt“ werde, sondern sich ihren vollen Antheil am Einkommen des Mannes durch ihre Arbeit verdiene. Der Frau muß der volle Ertrag ihrer Arbeit ebenso gesichert sein, wie dem Mann und auch politisch, bei allen Wahlen des Staates und der Kommune muß sie gleichberechtigt mit dem Mann sein. Diese Forderungen der Frauenrechte müssen die Proletarier von ihren Mandatären anerkennen lassen gleich ihren eigenen Rechten — „dies soll ein Zeichen für die Zukunft sein, um die Opportunisten, die Verräther von morgen zu erkennen. Wenn Ihr frei sein wollt, Proletarier, so hört auf, ungerecht zu sein und tretet ein für die Gleichheit aller Menschen!“

Die Bürgerin Louise Tardif erklärt die Thatsache, daß sich die untergeordnete Lage des Weibes aller wissenschaftlichen und politischen Fortschritte ungeachtet bis jetzt so gut wie um nichts gebessert habe, hauptsächlich aus der abergläubischen und auch sonst lückenhaften Erziehung des weiblichen Geschlechtes, welche dieses an der Erkenntniß und Wahrnehmung seiner Rechte hindere.

Im weitem Verlauf der Debatte ergreifen die Bürger Dauthier, Bernard, Tranier, Ailloud, Godefroy, Hébrard, Delsaud und die Bürgerinnen Chauffard und Graves das Wort, um sich in der sympathischsten Weise und größtentheils im Sinne radikalster Anerkennung der Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen.

Die Weltausstellung in Berlin.

— r. Leipzig, 31. Okt. Es war ein dummer Streich von der deutschen Reichsregierung, so dumm, wie er nur gedacht werden konnte, als sie nach dem industriellen Sedan zu Philadelphia, durch ihren Haß gegen die französische Republik verblendet und durch die Furcht einer neuen Niederlage auf industriellem Gebiete verleitet, die Beschickung der Weltausstellung zu Paris unterließ.

Die deutsche Industrie ist keineswegs in so elender Verfassung, als daß sie keinen neuen Aufschwung zu nehmen vermöchte und so hätten auch schon damals durch Staatszuschüsse an Industrielle und Arbeiter dieselben zu außerordentlichen Leistungen angetrieben werden können, so daß Deutschland, wenn auch nicht die Palme selbst, so doch einen Palmenzweig auf dem großen internationalen Weltfeste leicht errungen hätte.

Auflast dessen aber rüstete Deutschland immer mehr und zwang die andern Nationen gleichfalls in die schwere, kaum mehr erträgliche Rüstung. Doch nicht die deutsche Regierung allein ist an solchen internationalen Glend schuld, sondern auch das deutsche Volk, wenigstens in der überwiegenden Mehrzahl seiner Vertreter, die allen Wünschen der Reichsregierung in Bezug auf die Heeresvergrößerung vollkommen beistimmen. Sprach doch noch ganz kürzlich ein „liberaler“ Blatt aus, „daß die geniale, segensreiche Armeearganzation unseres großen Heidentaisers die andern Nationen dazu zwingt, gleichfalls ihre Armeen auf einen ähnlichen Kriegsfuß zu stellen. Ein Weltunglück eine „geniale, segensreiche Institution“ zu nennen — das vermag in der ganzen Welt wol nur allein ein nationalliberaler Baudruffsch!

Wenn aber eine Nation, die an sich nicht wohlhabend ist, wie die

deutsche, fortwährend die Steuerkraft des Volkes für Militärzwecke in Anspruch nimmt, dann kann sie natürlich für Kulturzwecke nichts leisten. Und hierfür machen wir die deutsche Nation, wie wir schon andeuteten, mindestens ebenso verantwortlich, wenn nicht mehr, als die Reichsregierung. Deshalb wählt sie in die gesetzgebenden Körper Regierungskandidaten, anstatt freie Männer!

Unter diesen Umständen werden wir plötzlich durch die Nachricht überrascht, daß man eine Berliner Weltausstellung plane und zwar für das Jahr 1885. Eine solche Ausstellung nun kostet Geld, sehr viel Geld! Sie wird auch nicht wie die letzte Pariser ihre Kosten decken, da Berlin nicht die Anziehungskraft für Fremde hat, wie Paris; — aber dennoch begrüßen wir die Idee selbst mit gewisser Freude.

Eine Weltausstellung, zu welcher die Vertreter aller Nationen zusammen-eilen, hat nicht lediglich auf industriellen und künstlerischen Gebiete Augen, so hoch derselbe auch immerhin angeschlagen werden muß; nein, der höchste Nutzen ist zu suchen auf allgemeinem kulturlichem Gebiete. Die Nationen nähern sich und wie sie sich auf den Wissenschaften heften können, so lernen sie sich auf dem friedlichen Wettstreit der Ausstellungen achten, wertschätzen und nach und nach lieben.

Alle Weltausstellungen sind somit Stationen auf dem großen Wege der Weltverbüderung.

Einen großen Fehler haben dieselben allerdings noch: es ist zu wenig Gelegenheit gegeben, daß auch die Arbeiter fremder Länder die Ausstellungen besuchen können. Von den verschiedenen Gewerkschaften frei gewählte Vertreter müßten auf Kosten der einzelnen Staaten in möglichst großer Zahl zu den Ausstellungen entsandt werden. Dadurch würden die Industrie und der Gewerbegeist sehr gefördert werden. Für die Industriellen bringen ja die Staaten immer einen sehr großen Theil der Kosten auf, warum nicht für die Arbeiter?

Wenn wir also im Ganzen genommen die Weltausstellungen und so auch die Idee in Berlin eine solche abzuhalten, mit Freuden begrüßen, so tauchen doch gegen letztere gerade in jetziger Zeit die gerechtesten Bedenken auf. Wir befürchten keineswegs, daß die französische Republik so unwohl sein würde, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und die Berliner Ausstellung nicht zu besuchen. Und auch alle andern Nationen würden dem Ruf folgen, da ja Berlin in der That an der Reihe ist und ihm die Ehre einer Weltausstellung gebührt. Wir befürchten auch nicht, daß die Deutschen auf ihrem eigenen Boden eine industrielle Niederlage erleiden würden; wir haben die Gewerbeausstellung für Berlin in diesem Jahre besucht und konnten dem ganzen Arrangement und den ausgezeichneten gewerblichen Leistungen unsere Achtung nicht verlagern. Nur eine noch erhöhte Anstrengung, so würden in einzelnen Branchen die Berliner und viele andere deutschen Industrien ganz gewiß auf der Weltausstellung den ersten Preis erringen.

Aber es sind ganz andere Bedenken, welche uns beschleichen. Zugleich mit der Nachricht einer Berliner Weltausstellung taucht noch die bestimmtere Nachricht einer nochmaligen Armeevergrößerung auf. Seit sich in den jüngsten deutschen und französischen Mächtern die Streitkräfte beider Staaten gemessen, findet man den Stand der riesenhafte Heere der Armee Deutschlands in vielen Beziehungen „nicht mehr ausreichend“. Frankreich kann jetzt bereits 369 Batterien mit 2214 Geschützen aufstellen, während Deutschland „nur“ über 300 Feldbatterien mit 1800 Geschützen und unter Hinzurechnung von 54 Reservebatterien zusammen über 334 Batterien mit 2124 Geschützen verfügt. Ist es nun „dringend nöthig“, daß Deutschland stets mit der größten Anzahl von Geschützen auftreten kann, so bleibt nichts übrig, als eine neue entsprechende Vermehrung.

Diese und andere militärische Reformationen kosten natürlich ein hübsches Stück Geld, nämlich gering gerechnet eine jährliche Budgeterhöhung von jetzt 25 Millionen. Ferner will man das früher schon einmal in das Budget gestellte Kasernirungsgesetz in dem bevorstehenden Winter im Reichstage wieder einbringen. Bei der jetzigen Zusammensetzung der edlen Körperschaft wird daselbe auch zweifellos angenommen und das bedeutet eine einmalige Ausgabe für Militärzwecke von 280 Millionen Mark!

Die erbeuteten Milliarden sind längst verpulvert — und wo will man diese Summen wieder hernehmen? Das ausgelagerte Volk wird eben noch mehr angezogen! Das ist die „ultima ratio Bismarckii“.

Aber Bismarcks neue Zoll- und Steuermaßnahmen? Nun, das Korn ist schon aufgeschlagen, ehe noch der Formoll eingeführt worden ist — aber in Folge der bevorstehenden Einführung des Bolles! In diesem einen Zuge liegt die denkbar schärfste Verurteilung des Bismarck'schen Systems. Aber auch des Mannes selbst: Der Staatsmann, der an der Spitze des deutschen Reichs steht, vertheuert dem hungernden, bettelarmen deutschen Bolle noch das Brod!

Die neue Zollpolitik hat aber auch direkt in Bezug auf die projektierte Berliner Weltausstellung einen sehr bedenklichen Haken. Man mußte nämlich den Nachbarstaaten zu, daß sie in einem Lande ihre Produkte ausstellen sollen, dem sie dieselben nicht zum Verkaufe anbieten können, weil der Schutzoll die Produkte in einer Weise vertheuert, daß der deutsche Abnehmer eventuell lieber die schlechtere deutsche Waare, als die bessere auswärtige nimmt. Dieser Punkt hätte sicherlich zur Folge, daß die auswärtigen Industriellen nur wenige Produkte, die geringe Kosten machten, ausstellen würden, und daß so die Weltausstellung viel von ihrem Glanze und ihrer sonstigen Frequenz verlieren dürfte.

Und zum Schluß fällt noch entscheidend ins Gewicht das Sozialistengesetz und der über Berlin verhängte schmachvolle Belagerungszustand, der einer mittelalterlichen Keperverfolgung ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern — es fehlt nur noch, daß der dicke Rabat mit einem roten Feuermantel bekleidet wird, wenn er die Ausweisungsbefehle für friedliche Familiendäter unterzeichnet oder einen Ausgewiesenen, der heimlich seine schwer erkrankte Frau besucht, vom Krankbett reißt und in die Fremde juristisch holt. Pfui, der Schande!

In solche Stadt gehört keine Weltausstellung, gehört kein internationales Verbrüderungsfehl!

Ehe die deutsche Reichsregierung nicht gründliche Umkehr hält, ehe sie den Weg des Hasses, der Volkshetze und des Militarismus nicht verläßt, wird keine andere Nation Vertrauen zu ihr haben, und eine Berliner Weltausstellung würde nichts anderes sein als ein Possenspiel.

Ehe aber das deutsche Volk sich nicht ermannt, ehe es in seine Vertretung nicht Männer entsendet, anstatt Weiber und Heulweiber, ehe wird die Regierung die bösen Wege, auf die sie die Nation führt, nicht verlassen!

Sozialpolitische Rundschau.

— Letzte Woche ist im deutschen „Vorstaat“ der nach dem famosen Dreiklassenwahlsystem gewählte Landtag eröffnet worden. Was das Volk von dieser ehrenwerthen Versammlung zu erwarten hat, bedarf gar nicht erst einer weiteren Ausführung; es genügt vollkommen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in dieser „Volksvertretung“ das eigentliche Volk so gut wie gar nicht vertreten ist, daß die Majorität in den Händen der Junker und Pfaffen liegt, und daß, wo etwa diese nicht ohne Zaudern nach der Pfeife des allmächtigen Bismarck tanzen sollten, sofort die edlen Nationalliberalen zu jedem von ihnen geforderten Herrendienst bereit sind — trotz, oder viel mehr, ihrer Hundennatur entsprechend, gerade wegen der bisher empfangenen, überreichlichen Schläge. So hat der Nationalliberalismus gleich zu Beginn des Landtags wieder ein Fiasko erlitten, wie es kaum größer gedacht werden kann, indem statt des von ihm kandidirten Bennigsen ein Konservativer, v. Koller, zum Landtagspräsidenten gewählt und dadurch der Liberalismus auch aus dieser „alten bestfestigen Position“ verdrängt worden ist, und zwar mit der starken Mehrheit von 318 gegen 164 Stimmen. Trotz des sehr begreiflichen Jammers über diesen Verlust aber ist diese Partei der moralischen Prostitution sofort bereit, ihre zweifelhaften Reize aufs neue zu verschärfen und scheint es in der That auch, als ob ihr Angebot nicht ganz aussichtslos wäre. Die konservativ-ultramontane Mehrheit ist Bismarck schon ganz recht, aber nur insofern, als sie ihm seine Arbeiten besorgt. Da diese Parteien aber, was auch sonst ihre Schattenseiten sein mögen, jedenfalls unvergleichlich mehr Selbstbewußtsein und Selbstständigkeit haben, als der rüdenmarks-

schwache Liberalismus, und Bismarck daher befürchten muß, daß sie sich keineswegs mit der Rolle eines Werkzeuges begnügen werden, so will er aus Nationalliberalen und Freikonservativen sich eine allezeit gefügige „Mittelpartei“ bilden. Bis jetzt, und vorzüglich bei der Präsidentenwahl, hat er damit allerdings noch wenig Glück gehabt und soll er deshalb über letztere und da sie ihm eine „Tyrannei“ in Aussicht stellt, die wenig nach seinem Geschmack ist, wenig erbaut sein.

Eines der ersten Geschäfte des Landtags betraf natürlich die Haupt-, ja so ziemlich einzige reelle Aufgabe der deutschen Parlamente und Parlamentarier: die Beschaffung des für den Staatshaushalt nöthigen Kleingeldes. Und da stellt sich denn die für das steuerzahlungsberechtigte Volk die angenehme Thatsache heraus, daß das preussische Defizit „blos“ — wie der neue preussische Finanzminister und ehemalige Sozialisten-Kommissions-Präsident Bitter meint — 47 Millionen Mark beträgt! An eine Erleichterung der direkten Steuern, die man dem dummen Volk so lange als Honig auf die Nase strich, ist natürlich unter solchen Umständen nicht zu denken. Um nun das vielköpfige Thier Volk nicht gar zu kopfscheu zu machen, wird ihm nach dem Zusammenbruch der alten Lage eine neue vorgelegt. Die Regierung verweist es auf eine Steuerreform, die der Hauptsache nach, im strikten Widerspruch mit den vom Reichkanzler bei den Zolldebatten im Reichstage abgegebenen Erklärungen, die direkten Steuern im Prinzip beibehält und nur je nach der Finanzlage und den Ueberweisungen vom Reiche Steuererlasse eintreten läßt. Es wird jedoch gut sein, wenn sich die Steuerzahler auch von dieser Verheißung wenigstens möglich versprechen und sich bei Zeiten mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie einfach neben den neuen indirekten auch die alten direkten Steuern ganz wie bisher fortzubehalten haben, wozu dann auch noch die Zinsen für das Anleihen, durch welche das Defizit gedeckt werden soll, zu bezahlen sind. Steuern zahlen, Soldat werden und Maul halten — sonst hat ja der glückliche deutsche „Untertan“ nichts zu thun.

Höchstens noch ein wenig — hungern. Und darauf scheinen sich jetzt nicht nur viele Leute, sondern ganze Gegenden im deutschen Reich einzurichten. Von dem Hungerstypus in Thüringen und Braunschweig haben wir schon leithin berichtet. Jetzt rückt auch Schlesien an. Der Kreis Rybnik, der von der Hungersnoth her einen traurigen Ruf in Deutschland hat, wendet sich jetzt mit der Bitte um Hilfe gegen die drohende Noth während des bevorstehenden Winters an den Staat. Eine halbe Million Mark zu Unterstützungen und 300.000 Mark als Beihilfe oder Darlehen für Chauveebauten im Kreise, hat der Kreisrat zu beantragen beschlossen. Andere ober-schlesische Kreise kommen mit ähnlichen Anträgen.

Und angesichts all dieser Noth ist die Regierung in aller Seelenruhe damit beschäftigt, die das Brod vertheuernden Getreidezölle einzuführen und mehr Steuern als je bisher zu erheben. Wie weit muß der Magen des Deutschen nach zusammenkrumpfen, bis es in seinem Kopfe hell wird?

— Schon in der kurzen Zeit, während welcher die neue deutsche Gerichtsorganisation nunmehr funktioniert, haben sich in ihr eine Menge der größten Unzulänglichkeiten bemerkbar gemacht, welche die ganze Leichtfertigkeit der neudeutschen liberalen Gesetzmacherei wieder einmal in ein helles Licht stellen. An allen Ecken und Enden fehlt und die vor ihrem Gebrauch so herrlich blinkende, von einem verehrungswürdigen Publico maßlos angestaunte und ihre Konstrukteure mit Stolz erfüllende Maschine ähzt und krächzt jämmerlich und will nicht in Gang kommen. Es sind eben in dem „Meisterstück“ eine ganze Anzahl von Rädern ungenau gearbeitet oder von unhaltbarem Material hergestellt und nicht wenige fehlen ganz.

Da sind zum Beispiel ein überaus wichtiger Faktor des neuen Gerichtsverfahrens die Schöffen. Man kann ja vielleicht in der Einführung dieser Schöffengerichte im Prinzip einen Fortschritt, wenn auch einen sehr bescheidenen, nach der Richtung der Rechtsprechung durch das Volk erblicken, insofern, als in geringeren Rechtsfällen der juristisch gebildete Richter nicht mehr allein das Wort führt, sondern neben sich eine Mehrheit von Bürgern als Gerichtsmitglieder sitzen hat. Aber vor allem — von den übrigen den Fortschritt im Prinzip praktisch so ziemlich wieder illusorisch machenden Gesetzesbestimmungen ganz abgesehen — sind eben diese „Bürger“ Bourgeois und zwar solche von bewährtester Gesinnungstüchtigkeit, da nicht nur die Masse des Volkes durch den Genius vom Richteramt vollkommen ausgeschlossen ist, sondern auch noch die der Staatsbehörde nicht ganz sicher scheinenden Jenseitsleute durch ein zweckentsprechendes „Siebungs“-Verfahren nach Belieben dem Gericht ferngehalten werden können. Daß in Folge dessen in allen Fällen, wo die Bourgeoisie den Angeklagten, resp. seine Handlung und die ihr zu Grunde liegende Idee — ganz abgesehen von der Frage der moralischen und selbst der gesetzlichen Schuld — als gefährlich für die Interesse ihrer Klasse bewußt oder instinktiv erkennt, ein Bourgeoischöffengericht weit weniger Garantien für eine unparteiische Rechtsprechung bietet, als der juristische Richter, ist klar und hat sich da, wo die Schöffengerichte schon länger existiren, schon vielfach in eklatanter Weise erwiesen. Denn wo der Klaffsengeist sich unbehindert von andern Einflüssen — wie beim rechtsgelehrten Richter die juristische Schulung einer ist — bethätigen kann, muß er sich stets rücksichtslos zeigen.

Wo aber dies Klasseninteresse nicht in's Spiel kommt, da verhalten sich die Bourgeoischöffen in den meisten Fällen vollkommen indifferent und lassen sich sowohl aus Gleichgültigkeit als aus unbegrenztem Respekt vor dem rechtsgelehrten Richter von diesem vollkommen leiten. Die Ausübung des Schöffenamtes ist ihnen dann lediglich eine lästige Pflicht, der sie ungefähr mit eben so viel Verständnis nachkommen, wie ein zum Kriegsgericht neben Offiziere kommandirter Soldat. Von einer Würdigung des hohen Berufes des Rechtsprechens, von einer Erwägung der moralischen Verantwortung des Richters, von einer Erfassung des ganzen Ernstes ihrer Funktion — keine Rede! Rechts bezeichnend für die vollkommene Unfähigkeit der Bourgeoisie zum Richteramt ist ein Geschichtchen, welches gegenwärtig durch die ganze Bourgeoispreffe geht und von ihr sehr „lustig“ gefunden wird, ohne daß den Leuten einfällt, wie viel Ernst und wie viel — Schande für sie darin steckt.

Diese charakteristische Geschichte lautet folgendermaßen: Der erste Schöffe, der sich dem Berliner Amtsgericht I. vorstellte, war ein beleibter Geschäftsmann, G. mit Namen, der

sich einem Schreiber des Schöffengerichts, in mächtigen Wasserstiefeln und seinem Arbeitsanzuge, etwa mit folgenden Worten präferierte: „Nu, sagen Sie mal lieber Mann, Sie haben mir zum Dienstag als Schöppen vorzulesen, was habe ich denn da eigentlich zu thun?“ Der Beamte erklärt ihm seine Pflichten, worauf der Herr Schöffe erwiderte: „Ja, ja, ich sehe ja die große Ehre in, die mir wiederfährt, aber Dienstag, sehen Sie mal, Dienstag, Herr Gerichtsschreiber, unmöglich, erst des Geschäft und dann die Ehre. Sehen Sie, auf die Ehre bin ich stolz, aber von des Geschäft muß ich leben; ich schäme die Ehre hoch, aber leben kann ich doch nicht von ihr, — Dienstag komme ich nicht, ich kann beim besten Willen nicht, ich komme schon ein anderes Mal, wenn ich Zeit habe und wieder herusen werde.“ — Wieder belehrt ihn der Gerichtsschreiber, daß er kommen müsse. — „Na, was kriech ich denn Verjüngung für meine Verjüngung?“ fragt der Schöffe wiederum. — „Nichts“, entgegnete der Beamte. — „Nichts? Reue, des ist zu wenig, da jehe ich doch lieber meinem Geschäft nach, ich kann Dienstag nicht“, repliziert der Schöffe. „Sie müssen kommen“, antwortet wiederum der Beamte. „Na, was habe ich denn zu tun?“ fragt endlich beschwichtigt der Schöffe. „Sie müssen sitzen und Recht sprechen“, entgegnet der Schreiber. „Denn schick ich meine Frau“, ruft der Schöffe, „die sitzt jut un spricht den ganzen Tag lang und hat immer Recht.“ — Nach langem Hin- und Herdebattiren erklärt der Schöffe endlich resignirt: „Na, kommen werde ich, aber gleich in de Wasserstiefeln, damit ich, wenn et alle is, auch gleich an de Arbeit sehen kann.“ — Die Ehre is ja froh, aber des Geschäft am Dienstag tutsch; na, das schadt denn schließlich ooch nicht, wir habens ja dazu!

Und in den Händen solcher Menschen liegt das Wohl und Wehe des Angeklagten! Man stelle sich einmal vor, wie ein aufgeklärter, politisch gebildeter Arbeiter, wie ein Sozialist seine Nichteraufgabe auffassen würde, und man wird sich klar darüber werden, wie sehr die Bourgeoisie moralisch bereits Bankrott gemacht hat und in wie hohem Grade es eine Frage des Gemeinwohles ist, ihr so bald als möglich auch thätig-sächlich das Geschäft zu sperren und ihre Schwindelfirma ein für allemal aus dem staatlichen und gesellschaftlichen Register zu streichen!

Noch einen anderen interessanten und die Herren Gesetzgeber treffend charakterisirenden Umstand wollen wir für heute aus der großen Menge des uns über die neue Gerichtsorganisation vorliegenden Materials hervorheben. Ein Paragraph des Gerichtsorganisationsgesetzes gibt nämlich ohne weitere Direktive der Regierung das Recht, „dieserigen Personen des Polizei- und Sicherheitsdienstes zu bezeichnen, welche als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft zu betrachten sind.“ Die Regierung hat nun als solche auf dem Verordnungsweg u. A. die sämtlichen Bürgermeister oder sie in der Leitung der Polizeiverwaltung vertretenden Magistratsmitglieder als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft bezeichnet, so daß z. B. die Vorstände selbst der größten Stadtgemeinden des Landes in vieler Beziehungen dem nächstbesten Staatsanwalt untergeben sind und sich von demselben nach §§ 80 und 81 des Ausführungsgesetzes zum Ger.-Verf.-Ges. „im Aufschlagsweg“ Klagen und Ordnungsstrafen gefallen lassen müssen. Eine würdige „Selbstverwaltung“ das!

Weil wir uns übrigens gerade einmal beim üblichen Justizdepartement befinden, wollen wir doch auch gleich zweier Nachrichten erwähnen, welche hinsichtlich des deutschen Gefängniswesens vorliegen. Der einen zufolge liegt es in der Absicht der Reichsregierung, statistisches Material für das Gefängniswesen im Reiche zu beschaffen und „dasselbe für die Wissenschaft und Vertheilung nutzbar zu machen.“ Man soll beabsichtigen, vorzugsweise eine Personalstatistik der Verbrecher zu führen, den Lebenslauf und die Ueberlieferungen, die schädlich auf sie eingewirkt, in ihren Haupttügen festzustellen, um aus ihrer Zusammensetzung und Vergleichung unter einander die fortwährend schädlichen Einflüsse, den Umfang und die örtliche Gestaltung des Verbrechenthums zu ermitteln, und hieraus weitere Schlüsse auf die zu treffenden Vorbeugungsmaßnahmen zu gewinnen.

Das wäre nun — vorausgesetzt, daß das gewonnene Material auf einige Zuverlässigkeit Anspruch machen könnte, was bei den unter den Gefängnisdirektoren vorwiegenden Ansichten über Entstehung der Verbrechen und prinzipielle persönliche Verantwortlichkeit des Verbrechers sehr zu bezweifeln ist — ganz schön und gut, wenn sich absehen ließe, in welcher Art die Regierung die aus dem Material zu ziehenden Schlüsse nutzbringend verwerthen könnte. Will sie vielleicht all die zahllosen Quellen der Verbrechen: schlechte Erziehung, Armuth, Hunger, Born über ungerechte Behandlung, Reiz auf die kolossalen Besitzthümer der Reichen, Unterdrückung natürlicher Triebe durch widernatürliche Einrichtungen, Verrohung durch Kriege u. dgl. mehr verstopfen und die Hauptursachen aller Uebelthaten: die Beherrschung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die rechtliche, politische und ökonomische Ungleichheit vernichten? Uns sollte das schon recht sein, denn wir würden dadurch viel Zeit und Kräfte sparen, die eben von allem Anfang an keinem andern Ziel gewidmet waren. Da die Regierung aber diese Absicht kaum haben dürfte, so wird aus der wichtig angekündigten „Material-Sammlung“ so wenig eine Verminderung der Verbrechen und eine Besserung der moralischen und gesellschaftlichen Zustände hervorgehen, als aus einer andern angekündigten Maßregel der Regierung hinsichtlich des Strafvollzuges.

Dem Justizauschuß des Bundesrathes ist nämlich der lang erwartete Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes vorgelegt worden, in welchem u. A. Bestimmungen getroffen werden über die wichtigen Fragen der Einzelhaft, der Beschäftigung der Gefangenen, der Art der Strafvollstreckung bei jugendlichen Verbrechern und der Einführung der Prügelstrafe für männliche Gefangene, die sich nicht in Besitz der Ehrenrechte befinden.

Kerker und Prügel — diese beiden Institutionen charakterisiren am besten unsere Zustände und sind die unentbehrlichsten Mittel zur Aufrechterhaltung der heutigen Staatsordnung“. Sie ist allerdings auch darnach.

— Der Militarismus hat im deutschen Reich wieder ein paar artige Blüten getrieben. Man weiß, wie drakonisch, wie getadelt unfähig die Militärgerichte jedes Vergehen gegen die militärischen Disziplinargesetze bestrafen, selbst wenn daselbe im höchsten Grade provoziert worden war und jedes bürgerliche Gericht Freisprechung erfolgen ließe oder

doch mindestens alle möglichen mildernden Umstände annahme. Ist es doch erst wenige Wochen her, daß ein Bodeheimer Husar, weil er eine ihm von seinem Unteroffizier unter Mißbrauch der Amtsgewalt applizierte Ohrfeige zurückgegeben hatte, zu fünf Jahren Festung verurtheilt wurde. Und wie beurtheilen nun dieselben strenge auf Mannszucht haltenden Militärgerichte schwere körperliche Vergehen gegen die Bürger? Der Fall des Würzburger Unteroffiziers Bude, der einen von ihm „arrestirten“ Studenten, bloß weil dieser ihm im Kaufschreiben danken wollte, erschoss und dann freigesprochen wurde, ist noch in frischem Gedächtniß. Indessen konnte sich Bude immerhin noch auf die „Wachordnung“ berufen, die ihm formell „Recht“ gab.

Keinerlei veraltete Entschuldigung aber stand dem jüngst vor dem Münchener Militärbezirksgericht verhandelten Sergenten Vieletz vom 1. schweren Reiterregiment (gleich Bude und fast allen bisher verurtheilten Beteiligten an Säbelaffären und Soldatenschindern ein Preuße) zur Seite, der eines Vergehens der Widersetzung gegen die Staatsgewalt und eines Vergehens der schweren Körperverletzung beschuldigt war. Derselbe hatte nämlich, nachdem er in einer Gastwirtschaft Streit angefangen hatte, sich geweigert, das Lokal zu verlassen und sich den patrolirenden Gendarmen, als ihm diese die Arrestirung ankündigten, widersetzt, sodann den Gendarm Thümann durch einen Stich in das linke Knie verletzten, so daß dieser 28 Tage lang dienstunfähig war. Trotzdem aber diese Thatfachen beweiskräftig festgestellt waren, nahm das Militärgericht „Nothwehr“ an und sprach den Sergenten frei. Natürlich wird sich nun die Gendarmen hüten, sobald wieder gegen einen skandalirenden Herrn Soldaten einzuschreiten, und die Bürger haben demnach gegenüber den Unterschämlichkeiten der durch die ihnen garantierte Straflosigkeit nur immer anmaßender werdenden Säbelhelden auf keinen Schutz der „Sicherheits“-Behörde zu hoffen.

Das Allerunglaublichste, was von keinem Menschen für möglich gehalten, hat aber das Kriegsgericht des zweiten schlesischen Infanterieregiments in Kalitor fertig gebracht. Man erinnert sich wol noch der f. B. wegen ihrer unerhörten Gewaltthätigkeit und Rohheit allgemeines Aufsehen hervorrufenden Säbelaffäre von Plania. Der Infanterieregent Heinze drang am 2. August ds. nächlich in die Mädchenschule des Scholzen (Gemeindevorstandes) Klimaschla und lehrte, nachdem er von diesem aus dem Hause verwiesen worden war, mit seinen Soldaten zurück, die auf seinen Befehl das Haus des Klimaschla mit Gewalt erbrachen, den Scholzen in Nachtskleidern hervorholten, und in barbarischer Weise mit Prügeln und Säbeln bearbeiteten, worauf der Arme an die Steigbügel zweier Mägen gebunden und unter fortwährenden Mißhandlungen als „Arrestant“ zu verschiedenen Behörden und schließlich auf die Hauptwache in Kalitor transportirt wurde, von wo er jedoch alsbald entlassen werden mußte. Der famose „Ordnungswächter“ von Sergent wurde dieser Heldenthat halber wegen Hausfriedensbruchs und schweren öffentlichen Friedensbruchs, wegen schwerer Körperverletzung, widerrechtlicher Freiheitsberaubung und schließlich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt (der Scholz ist Verwalter der Lokalpolizei) angeklagt. Und die Sühne für all' diese Verbrechen?

Man höre, was die Presse über den Ausgang der Gerichtsverhandlung berichtet:

„Der Sergent Heinze ist vom Kriegsgericht freigesprochen und für die von ihm begangenen militärischen Vergehen nur disziplinarisch bestraft worden. Infolge des freisprechenden Erkenntnisses ist nunmehr von dem Eskadron Chef des f. B. Heinze, Herrn Rittmeister Jansen von der Osten, der Strafantrag gegen den Scholzen Klimaschla wegen Verleumdung gestellt worden.“

Der Verbrecher gegen die öffentliche Ruhe und körperliche Sicherheit freigesprochen, der Verletzte aber auch noch angeklagt — man sage noch, daß Deutschland nicht ein tadelloser „Rechtsstaat“ sei und in ihm nicht „Gleichheit vor dem Gesetz“ herrsche!

— Dem österreichischen Volk ist von seiner geliebten Regierung letzte Woche wieder eine allerliebste Ueberraschung bereitet worden. Die Chronik hatte nämlich versichert, daß das Defizit im Staatshaushalt ein sehr mäßiges sei und versprochen, daß dasselbe ohne Inanspruchnahme des Staatskreditbills und ohne Schädigung der Produktionskraft der Steuerzahler gedeckt werden solle. Jetzt aber stellt sich heraus, daß alle diese „feierlichen“ Versprechungen nichts als eitel Plunkerei und Schwindel gewesen sind. Angeblich beträgt das Defizit freilich nur 12 1/2 Millionen Gulden, was für das schon seit langem mit Schulden hausende Oesterreich verhältnißmäßig günstig, ja sogar gegen das Vorjahr eine bedeutende Besserung (um 7 Mill. Gld.) wäre. Aber die Aufstellungen des Finanzministers tragen das Gepräge der Lüge und Verschleierung an der Stirn und wenn man die künstliche Gruppierung der Zahlen erst durchschaut hat, erkennt man, daß das Defizit in Wirklichkeit wenigstens 24—30 Millionen Gulden, ja wahrscheinlich noch weit mehr beträgt, da die meisten Ausgaben zu nieder, die Einnahmen dagegen möglichst hoch angelegt sind. Zur Deckung des Ausfalls werden nun vorgeschlagen: eine indirekte Anleihe durch Veräußerung von Obligationen aus dem gemeinschaftlichen Fonds, Erhöhung der Petroleumsteuer, Erhöhung der Personentransportsteuer und eine Ergänzungsabgabe zur direkten Steuer. Und in welcher Weise sollen diese neue Lasten vertheilt werden! Schonung der unberechtigten und Verletzung der berechtigten Interessen scheint das Programm der Regierung zu sein — Interessent sich selbst ein stimmführendes Bourgeoisorgan, die „Neue Freie Presse“ aus, das sich allerdings derzeit in der Opposition befindet und deswegen Dinge bemängelt, welche es bei einer „liberalen“ Regierung vollkommen billigen würde. Die vorgeschlagene Erhöhung der Zuckersteuer wird nicht eingeführt — sie würde ja die Reichen mehr als die Armen treffen; dafür wird die Petroleumsteuer, die eigentliche Steuer der Arbeitenden und Armen desto mehr erhöht. Und wie macht sich das Bestreben der herrschenden Klasse, alle Lasten auf das Volk abzuwälzen, erst bei der Erhöhung der Personentransportsteuer geltend! Im Jahre 1877 verkehrten auf den österreichischen und den gemeinsamen Bahnen insgesamt ungefähr 32 Millionen Menschen, von welchen etwa 27,5 Millionen die dritte und vierte, über 4 Millionen die zweite und nur 400,000 die erste Klasse benutzten. Diese Passagiersteuer ist also eine Belastung, welche

zum größten Theile nur die ärmste Bevölkerung, in geringerem Maßstabe den Mittelstand trifft und die Reichen fast gänzlich verschont. Die Einnahmen aus dem Personentransporte betragen 37 Millionen Gulden, aber die Reisenden der ersten Klasse hatten zu dieser Summe nur 2,5 Millionen Gulden beigetragen. Für sie würde sich die Fahrt durch die neue Steuer um 250,000 Gulden vertheuern, während aus dem 23 Millionen Gulden betragenden Ergebnisse der dritten und vierten Klasse für den Staat 2,3 Millionen Gulden gewonnen würden.

Die Wirkung der Erhöhung dieser, sowie der übrigen zur Deckung des Defizits einzuführenden Abgaben ist demnach eine kolossale Mehrbelastung des ohnehin schon unter einer immensen Steuerlast leidend und fast erliegenden österreichischen Volkes. Trotzdem denkt in der Regierung Niemand auch nur im Entferntesten auf Erparungen. Von einer Verminderung des Armeebudgets keine Rede — man darf noch sehr froh sein, wenn es nicht erhöht wird. Der Abenteuerzug nach Bosnien ist durch das Blut der Gefallenen und die 30 Millionen unmittelbare Okkupationskosten noch keineswegs bezahlt, vielmehr muß das österreichische Volk für die dauernde Besetzung der neuen Provinzen nicht weniger als 5 1/2 Millionen aufbringen. Und endlich präsentirt das biederere Kaiserthum für seine Herrschermühle eine kleine Liquidation von nicht weniger als 4,650,000 Gulden jährlich — notabene für die österreichische Reichshälfte allein, denn Ungarn muß noch ebensoviel zugeben, so daß das Donauraich das Vergnügen, monarchisch regiert zu werden, mit nicht weniger als 9 1/2 Millionen Gulden bezahlen muß! Zweifellos aber wird dem Steuerzahler die etwas starke Pille wesentlich verflüssigt, seine Last leichter und sein eigenes Elend erträglicher, wenn er die sachgemäße Verwendung dieser Summe für des Reiches Wohl in Betracht zieht und an der Majestät des kaiserlichen Hofstaates, der ununterbrochenen Reihe lustiger Hoffeste, dem feenhaften Glanz der Burgbälle, den stolzen Kavalladen und süperben Fuchsjagden, der „königlichen“ Pracht von Göttdölk und anderer kaiserlicher Lustschlösser und an anderen für jenes Geld angeschafften, überaus notwendigen und nützlichen Dingen das bedrängte Herz erquickt! Oder sollte es wirklich Böswichter geben, die angesichts von so viel Herrlichkeit an das bittere Elend des „niedersten Volkes“ denken und meinen, daß alle diese Wunder der Monarchie entbehrlich seien und das Volk sich bedeutend billiger und besser selbst regieren könne?!

— Wir haben jüngst der telegraphischen Meldung von Arbeiterunruhen in Böhmen Erwähnung gethan und sofort unsern Zweifel an die Wahrheit der Mittheilungen der gemohnheitsmäßig lägnerischen Bourgeoispresse, welche natürlich sofort den Arbeitern die Schuld beimessen, Ausdruck gegeben. Wie recht wir daran thaten, beweisen die nunmehr über die Tschauscher Affäre bekannt gewordenen Thatfachen. Die Mißstände in den Bräuer und Duxer Kohlenbergwerken sind in Nordböhmen seit langem landbekannt. Trotzdem thaten aber die Grubenbarone nicht nur nicht das Geringste zu deren Abstellung, sondern trieben in ihrem Uebermuth die Arbeiter dadurch aufs äußerste, daß sie einerseits diejenigen Arbeiter, welche jene Mißstände bekämpften und sie mangels Entgegenkommens der Arbeitgeber in einer Brochure der Oeffentlichkeit denunzirten, an die Luft setzten und denselben zugleich durch eine Konvention mit den übrigen Werksbesitzern Nordböhmens jede Aussicht auf Wiederbeschäftigung abschnitten, und andererseits, um den Lohn noch mehr zu drücken und die „auffässigen“ Arbeiter klein zu kriegen, eine Masse tschechischer Arbeiter von der preussisch-schlesischen Grenze kommen ließen. Als nun die bei der Lohnauszahlung willkürlich verkürzten Vergleute sich in Betriebsleitungshaus sammelten und volle Lohnzahlung und Abreise der heispediten Gesellen forderten, landte die edle Verwaltung sogleich zur Bezirkshauptmannschaft, mit dem Ersuchen, da die Arbeiter diesmal einen größern Exzeß zu beabsichtigen schienen, sofort Truppen zu Hilfe zu senden. In Wahrheit aber „beabsichtigten“ die Arbeiter so wenig einen Exzeß, daß das herbeigerufene Militär gar nicht einzuschreiten brauchte, sondern die Arbeiter auf die Zusage, daß die Berechtigung der Klagen und Forderungen der Arbeiter schnell erkennenden Kommissärs Graf Ruenburg, daß alle billigen Forderungen Berücksichtigung finden würden, nach einer Protokollirung ihrer Beschwerden ruhig auseinander gingen. Und seitdem auf den „Rath“ der Behörde die Lohnforderungen der Arbeiter befriedigt und die von der preussischen Grenze hergezettelten tschechischen Arbeiter auf Kosten der Verleitung wiederum in ihre Heimath zurückbefördert wurden, ist nicht die geringste „Unruhe“ mehr vorgekommen. Es ist demnach erwiesen, daß die von den lägnerischen Grubenherren und ihren Gesinnungsgenossen von der Presse zu einer förmlichen Erneute aufgepuffte Affäre von den Arbeitgebern und nicht von den Arbeitern verschuldet war und daß die Forderungen vollkommen berechtigt waren — sonst hätte sie kaum selbst die Behörde als solche anerkannt.

— Die italienischen Machthaber scheinen endlich doch einzusehen, daß es auf die Dauer doch unmöglich ist, das Wimmern und Murren des maßlosen sozialen Elends der Halbinsel durch das Säbelkrassen der Häsher und das Geschrei der Irredentisten zu übertönen. Die letzteren insbesondere verlieren immer mehr an Anhang und selbst an Interesse, weil das Volk findet, daß es in Italien auf jeden Fall noch viel Nothwendigeres zu thun gibt, als die „von Fremdherrschern getnehteten Brüder“ im Trentinischen und Triestinischen zu „befreien“ und daß vor allem das italienische Volk selbst von Unterdrückung, Hunger und Elend befreit werden müßte, ehe es sich berufen fühlen könnte, Andern diesen Liebesdienst zu erweisen. Die Sozialisten Italiens haben sich denn auch von allem Anfang an gegen das chauvinistische Getriebe der Irredentisten erklärt und darauf hingewiesen, daß es im geeinigten Italien selbst genug „unerlöste Länder“ gebe: die 3 1/2 Millionen Hektaren ertragsfähigen Ländereien, welche angesichts des größten Brodmangels gänzlich unbebaut, und die 1 1/2 Millionen, welche verjumpt liegen, aber durch rationelle Behandlung leicht wieder urbar gemacht werden könnten! Indessen ist diese prunklose Kulturarbeit den herrschenden „Liberalen“ viel zu langweilig und sie haben weit Wichtigeres zu thun, nämlich die „Politik im großen Stil“, die das Land bereits an den Rand des Bankrotts gebracht, lustig weiter zu treiben. In demonstrativer Weise werden Befestigungen gegen Oesterreich er-

richtet und die Stimmführer Mezzacapo, Petruccelli u. s. w. schreien wie wahnsinnig nach Vergrößerung des Heeres. „Soldaten, Kanonen, Befestigungen und dann nochmals Befestigungen, Kanonen und Soldaten; das ist Alles“ — darin findet der Abgeordnete Petruccelli und finden mit ihm seine Anhänger von der Bourgeoisie die Rettung Italiens!

Da aber, wie gesagt, dieses „nationale“ Betäubungsmittel eben so wenig vorhält und dem Volk seinen Hunger vergessen, macht als die zahllose Polizei- und Justizmaßregeln aller Art, so steht sich die Regierung gedrungen, der hungernden „Kanaille“ und vor allem dem verschmachtenden Landproletariat einen Gnaden- und Veruhigungsknochen — noch nicht gleich hinzuwerfen, sondern vorläufig nur zu zeigen. Wahrscheinlich rechnen die schlauen Geschäftsleute in Rom darauf, daß die hungrige Bestie schon durch den bloßen Anblick des Futterbrodens wieder für eine Weile zahm gemacht und zum geduldrigen Weiterhungern bewogen werden kann. Für den schlimmsten Fall kann der Köder indessen immerzu auch wirklich preisgegeben werden und wird er den Heißhungerigen und — Dummern dann sicher eine Zeilang beschäftigen. Dieser Köder zur Veruhigung des hungernden Volkes besteht nun einerseits aus öffentlichen Arbeiten in großem Umfang, welche der Vautenminister Vaccarini zur Beschäftigung der Arbeitslosen versprochen hat, und weiter aus der „großen Landvertheilung“, welche der Ministerpräsident Cairoli den Landproletariern der neapolitanischen Provinzen ebenfalls versprochen hat.

Schon unter französischer Herrschaft war dort zur Verbesserung der Lage der ackerbautreibenden Bevölkerung die Vertheilung der aus dem abgeschafften Feudalsystem herrührenden Ländereien an die Besitzlosen angeordnet worden, welche Maßregel jedoch nur zum geringsten Theil zur Durchführung kam. Cairoli will nun das Versäumte nachholen und mehr als 300,000 Hektaren Domänen vertheilen, „um die bäuerlichen Arbeiter in ihrer gerechten Erwartung nicht zu täuschen und das Proletariat der südlischen Provinzen aus der niedrigen Lage des Tagelöhners zu dem Rang des Ackerbauers zu erheben.“ Er fordert deshalb die Präfecten und Lokalbehörden auf, sich „von der im höchsten Sinne humanitären und sozialen Absicht“ der Regierung durchbringen zu lassen und schleunigst statistische Notizen einzusenden und die definitive Maßregel vorzubereiten.

Unsere Ansicht über diese Frage brauchen wir nicht erst des Längeren auszuführen. Wir sind auch in dieser Beziehung nicht für's „Thellen“. Weit entfernt, in den Konzentrationsprozeß des Grundeigentums hindernd einzugreifen und schon vorhandenes Staatseigentum, gleichviel ob durch Kauf oder Schenkung, in den individuellen Besitz zurückzuführen, muß vielmehr allmählig der ganzen heute noch in Privat Händen befindliche Grund und Boden in den öffentlichen Besitz übergeführt werden. Wie ökonomisch widerförmig die Cairoli'sche Landvertheilung — angenommen, daß sie wirklich zur Ausführung kommt und daß weiter wirklich die Armen allein Land erhalten und nicht das beste Stück wieder der herrschenden Klasse in den Rachen fällt — ist, werden ihre Erfolge schon nach wenigen Jahren zeigen. Die neuen Landeigentümer, die nichts als ihr Parzellchen unfruchtbarer Boden haben, müssen sich, um die nöthigen Gebäude, Werkzeuge, Samen, Vieh u. s. w. beschaffen und bis zum ersten Ertrag leben zu können, schon von allem Anfang an in die Schuldnarrschafft des Kapitals begeben, dem sie nach dem ersten Mißjahr oder wirtschaftlichen Unglück, jedenfalls über kurz oder lang verfallen. Nach 10—15 Jahren ist höchstens noch der zwanzigste Theil der ursprünglich mit Land Vertheiligten im Besitz des ihm vom Staate so großmüthig Geschenkten, während die übrigen neunzehn Zwanzigstel wieder nichts besitzen, der auf die Melioration des Bodens verordnete Schweiß der vorübergehenden Kleinbesitzer aber vom Kapital eingeheselt ist, das sonach den alleinigen Gewinn gezogen hat! Eine wirkliche Verbesserung des Landproletariats kann sonach durch die Cairoli'sche Landvertheilung nicht eintreten, und geben sich hierüber auch Cairoli und seine Gesinnungsgenossen selbst keiner Täuschung hin. Es handelt sich für sie nur darum, die misera plebs hinzuhalten und zu täuschen und diesen Zweck werden sie bei der Beschränktheit des Volkes auch bis zu einem gewissen Grad und auf eine Zeit lang erreichen.

— Zu all seinen andern Nöthen: dem Massenelend, der Arbeitslosigkeit, dem Hungertyphus, der Auswanderung und den ganz unerhörten und sich immer weiter ausdehnenden, die Schrecken von Szegedin noch weit überragenden Verwüstungen des Hochwassers — hat Spanien seit Jahrzehnten auch noch an dem Kubanischen Uebel zu laboriren. Bekanntlich ergriff die Sklaverei umbehränkt von allen zivilisirten Ländern der Erde nur noch auf der Perle der Antillen. Zwar sind schon verschiedene Anläufe zur Beseitigung dieser schmachvollen Institution gemacht worden, aber sie haben bis jetzt noch nie zum Ziel geführt. Unter der Regierung Amadeos war die Aufhebung der Sklaverei beschlossene Sache, aber sie kam unter ihr ebensowenig zur Ausführung, wie unter der ihr folgenden Republik. Daß die Frage gerade unter der jetzigen bourbonischen Regierung wieder aufs Tapet kommt, ist natürlich nicht etwa deren Humanität und Freisinnigkeit, sondern lediglich der Erfahrung zu danken, daß die Dinge auf Cuba unmöglich mehr in der bisherigen Weise fortgehen können. Die menschen- und eigenthumsvernichtenden Insurrektionen hören in Cuba nie auf und das benachbarte Nordamerika sieht längst mit begehrlichen Blicken nach der herrlichen Insel und reißt sich die Hände, wenn die Cubaner an einer Ordnung ihrer Angelegenheiten immer mehr verzweifeln und ihre Hoffnungen auf die Union setzen. Die Frage der Abschaffung der Sklaverei steht daher seit Eröffnung der jetzigen Cortessession auf der Tagesordnung und die Verhandlung der für Ausarbeitung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes niedergesetzten Kommission nehmen das allgemeine Interesse in Anspruch.

Jetzt endlich ist diese Kommission zu Beschüssen gekommen. Aber zu welchen! Während die Regierung selbst, resp. die Generale Martinez Campos und Prendergost und der Intendant Villaamil, welche sämmtlich — der erste als Gouverneur, die andern als sein Generalstabschef und Finanzdirektor — auf Cuba dienten, die sofortige und gänzliche Aufhebung der Sklaverei ohne irgend eine Entschädigung verlangten, und trotzdem General Martinez Campos kein Hehl daraus machte, daß die spanische Herrschaft über die Antillen, wol auch die Beziehungen

zu den Vereinigten Staaten, neben dem Wohlergehen der Kolonie von der prompten Lösung dieser Frage abhängen, — ging das Bestreben der Slavenshalter dahin, die im Prinzip nicht mehr zu vermeidende Aufhebung der Sklaverei in der That möglichst lang hinauszuziehen, um — wie ein Mitglied gerade heraus sagte — „die gesunden Sklaven noch möglichst auszunützen und bis zu den Befreiungsterminen für eine hinreichende Kullienwanderung sorgen zu können.“

Und dieses infame Klasseninteresse trug vollständig den Sieg davon. Nach dem angenommenen Gesetzentwurf sollen von den fast 200,000 Sklaven nur jene sofort freigegeben werden, welche 55 Jahre alt sind und die seit 4. Juli 1870 geborenen Kinder. Am 17. September 1880 sollen dann alle Sklaven im Alter von 50 Jahren für frei erklärt werden; an demselben Tage des Jahres 1882 die von 45 Jahren, 1884 die von 40 Jahren, 1886 die von 35 Jahren, 1888 die 30jährigen und am 17. September 1890 alle bis dahin noch unfreien Sklaven. Ferner soll schon von jetzt ab eine nach Alter und Berufsart der Sklaven wachsende „Lohnzahlung“ stattfinden. Dann sollen in das Budget der Insel Cuba vom nächsten Jahre ab zur Entschädigung der Sklavenshalter jährlich 700,000 Piaster zum Loskauf von 2000 Sklaven eingestellt werden, „zum Preise von 350 Piaster per Kopf.“

Daß dieser Sklavenshalter-Gesetzentwurf im Verein mit der damit im kausalen Zusammenhang stehenden Verzögerung freihändlerischer Handelsreformen und der Ablehnung der Ausdehnung des Stimmrechts auf Cuba sehr böses Blut machen muß, ist selbstverständlich und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Vorausfrage des Generals Martinez Campos in Erfüllung geht: daß sich Regier und Creolen nicht wieder wie im Jahre 1866 mit leeren Versprechungen und Verheißungen abspülen lassen und daß demnach der Aufstand auf neue und kräftiger als je emporlodert und schließlich zur Verdrängung Cuba's von Spanien führt.

Ueber die Zustände in Polen, über welche bisher so wenig Verlässliches in die Öffentlichkeit drang, sind wir durch die erfreuliche Gründung eines polnischen Parteiorgans, des schon erwähnten „Kownosch“, nun in der Lage versetzt, uns genauer informiren zu können. Allerdings wendet sich das in polnischer Sprache geschriebene Organ außer an seine Landsleute nur an einen sehr kleinen Kreis dieses Volks. Aus diesem Grunde veröffentlichen die Genossen als Beilage zum „Kownosch“ ein in französischer Sprache erscheinendes „Bulletin“, „damit Europa die sozialistische Bewegung kennen lerne, welche sich in Polen erzeugt und damit es alle Gewaltthaten erfahre, welche die drei Regierungen gegen die polnischen Sozialisten verüben, und um die sozialistischen Organe, die Freunde der polnischen Sache sind, in die Lage zu versetzen, die Arbeiter über alles zu informiren, was in dem Polen geschieht, welches sich anschiebt, in die, allmählig in alle Länder der zivilisirten Welt eindringende, sozialistische Bewegung einzutreten.“ Der ersten Nummer des von uns willkommen gehehenden Bruderorgans entnehmen wir nachfolgende interessante Mittheilungen.

Die Mauern der Warschauer Citadelle umschließen gegenwärtig 60 gefangene Sozialisten, von denen ein Theil im August 1878, der andere vor ungefähr sechs Monaten verhaftet worden ist. Unter der letzteren Gruppe befinden sich auch 6 Frauen. Das Hauptkontingent zu den Eingekerkerten lieferte die eigentliche Arbeiterklasse; die Minderheit besteht größtentheils aus Angehörigen der studirenden Jugend. Unter den Frauen befinden sich eine Petersburger Studentin und eine Landeschullehrerin; die übrigen sind Arbeiterinnen. Um einen Begriff von den kaiserlich russischen Gefängnissen zu geben, mögen die folgenden Thatsachen genügen. Einer der Gefangenen, der Arbeiter Baité, wurde von dem Posten getödtet, weil er aus dem Fenster seiner Zelle gesehen hatte. Die über diese Schandthat empörten Leidensgenossen des unglücklichen Baité beschwerten sich über diese Art der Behandlung eines Untersuchungsgefangenen, verlangten eine Untersuchung und da ihre berechtigten Forderungen keinerlei Gehör fanden, so revoltirten sie. Natürlich verschlechterte sich infolge der hierauf eingeleiteten Untersuchung ihre Lage noch mehr. Ein Kriegsgericht wurde eingesetzt und verurtheilte den 20jährigen Arbeiter Labistlas Sieroschewsky zu 8 Jahren und den Veterinär-Schüler Pandy zu 12 Jahren Zwangsarbeit. General Kozebue wandelte indeß diese Strafe in Deportation nach den entfernteren Gegenden von Sibirien um, und wurden Sieroschewsky und Pandy sofort nach Irkutsk „verschickt“, in dessen Umgegend sich beide nach dem „Kownosch“ zugegangenen Berichten vor Kurzem befanden. Werden sie in dieser Stadt internirt oder müssen sie die Erinnerung an ihren, durch die Willkür eines Postens, den ein beliebiger Korporal das Leben eines Sozialisten nicht schonen ließ, gemordeten Genossen noch weiter tragen? Während dessen aber ist der Henker-Soldat durch dasselbe Kriegsgericht freigesprochen worden.

Dem Sozialismus und was mit ihm auch nur im entferntesten zusammenhängt, gegenüber unterscheidet sich das „liberale“ und „konstitutionelle“ Oesterreich nur wenig von dem „heiligen Russland“. Alles wird dagegen in Bewegung gesetzt und für die Verbreiter der Idee gibt es keine gesetzliche Garantie. Früher gewährte doch die Censur, diese notwendige Institution des Polizeistaats, dem Verfasser Sicherheit vor polizeilichen Verfolgungen. Heute aber und den Sozialisten gegenüber gibt es auch das nicht mehr und während der Censurstempel einerseits seinen ganzen geschäftigen Charakter beibehalten hat, hat er dabei auch diesen geringen Werth verloren. In Russland verbüßt Tschernischewsky mit lebenslänglichem Exil für Schriften, welche unbeanstandet die Censur passirt hatten, und in Oesterreich sind vierzig Genossen auf keinen andern Grund hin in die Kralauer Kerker geworfen worden, als weil die Polizei bei ihnen sozialistische Schriften fand, welche das Imprimatur des Censors trugen. Die Verfolgungen und Verhaftungen in Kralau, Lemberg, Wien, sowie in den Provinzen nehmen kein Ende. Einige Verhaftete befinden sich schon 6 bis 8 Monate ohne Urtheil im Gefängniß. Es sind meistens Arbeiter und Studenten; auch ein mehr als 60jähriger Mann, der Chef eines kaufmännischen Geschäftes, befindet sich darunter. Jeder junge Mann, der einen russischen Accent hat, ist des Sozialismus verdächtig, und bei den Verhaftungen wird mit der größten Leichtfertigkeit verfahren; man nimmt einen Lupinsky für einen Lubinski, was die Polizei nicht hindert, die irrtümlich Verhafteten auf's elendeste zu behandeln. Die Untersuchungsgefangenen befinden sich in den schlechtesten

hygienischen Verhältnissen. Die Luft, welche sie athmen, und die Nahrung, welche sie genießen müssen, erzeugen Typhus und hitzige Fieber. Der Student Ludwig Warpaski ist daran zu Grunde gegangen, indem er sich durch Verhungerung tödtete, weil die Behörden den Kranken weder in's Spital aufnahmen, noch ihm bessere Nahrung gaben! Um Geständnisse von den Angeklagten zu erpressen, warf sie der Untersuchungsrichter in Ketten und unterirdische Kerkerlöcher. Als Zeugen wurden neben Polizeispiionen und Dieben 10jährige Kinder angenommen und diesen in den Protokollen das vom Geiz zur Zeugenschaft verlangte Alter beigelegt. Und als die Angeklagten die Aufnahme ihrer Beschwerden in das Protokoll forderten, hatte der Untersuchungsrichter die Frechheit, ihnen anzufinnen, sie sollten sich nur auf „feine Ehrenhaftigkeit“ verlassen. . . . Fügen wir dem Gefagten nur noch hinzu, daß die geringste Beschwerde gegen all diese Infamien dem Angeklagten 48 Stunden Dunkelarrest einbringt oder daß man ihm — wie Dombrowski — buchstäblich nichts zu essen gibt.

Und alle diese unerhört schändlichen Dinge geschehen in einem Staat, dessen Verfassung die Freiheit der Presse und der Rede gewährleistet! Aber welche Verfassung hält ihre Versprechungen, sobald die „Staatsraison“ es anders fordert? Man spricht jetzt so viel von einer Allianz, welche die Wiener Regierung mit Bismarck geschlossen haben soll. Aber schon seit langem gibt es ein anderes Bündniß zwischen dem „konstitutionellen“ Oesterreich und dem zarischen Rußland: die Gendarmen Alexander II. sind stets willkommen auf dem Gebiet Franz Josefs, um denunziatorische Aufschlüsse über Angeklagte zu geben, deren Heimath sich unter der Knute des Zaren befindet. —

Die russische Regierung hat gegenwärtig entschieden Pech und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in ihrer eigentlichen Domaine und Heimath Asien. Die Nachricht, daß die zarischen Truppen bereits bis Werm vorgedrungen seien, hat sich als eine große Lüge herausgestellt. Vielmehr sind die Russen von den Turkmenen jämmerlich geschlagen und haben über 1000 Mann, sowie einen Theil ihrer Artillerie verloren, so daß sie sich schleunigst nach rückwärts concentriren mußten. Die zusammengeschmolzene Expedition befindet sich gegenwärtig in einer sehr gefährlichen Lage. Jedenfalls brauchen sich da die Engländer vor der, zur Zeit des letzten türkischen Krieges gang und gäben, russischen Prahlerei, daß der Zar seine unzählbaren Kriegsschaaren nach Indien hinabschicken lassen und dort England in seinen vitalsten Interessen verletzen werde, nicht allzu sehr zu fürchten, da schon ein zwar kriegerisches, aber in der „zivilisirten“ Nordkunst doch noch wenig fortgeschrittenes Wästenräubervolk den edlen Kriegern Alexanders so viel zu schaffen macht.

Eine zweite, wenn auch unverbhältnißmäßig kleinere, doch für die Zustände im absolutistischen Zarenreich bezeichnende Schlappe haben die Russen in Ostibirien erlitten. Zwei kirgisische Gemeinden russischer Zugehörigkeit wollten sich der sanftsten Gewalt der Petersburger Regierung entziehen und zogen deshalb mit ihren Heerden auf chinesisches Gebiet. Sobald aber der Gouverneur von Semipalatinsk von diesem „Verbrechen“ vernahm, hieß er den Kirgisen eine Abtheilung Kosaken nachsehen und sie „zur Rückkehr nach Rußland bewegen“. Die Kosaken erreichten denn auch die Auswanderer bald, nahmen ihnen ihr gesammtes Vieh weg und ließen nun auch den Kirgisen ihre bekannten Lebenswürdigkeiten angeheißeln, welche diese indessen so falsch verstanden, daß sie die armen Kosaken sammt und sonders mit Knütteln tödteten.

Desto mehr Bravour entfalteten dagegen die zarischen Soldaten gegen unbewaffnete Menschen, als es am 15., 16. und 17. ds. in Kasan gelegentlich der Entdeckung einer „nihilistischen Verschwörung“ — also gibt's doch noch Nihilisten? — zu Unruhen und Straßenaufläufen kam. Polizisten und Gendarmen feuerten rücksichtslos in die versammelte Menge und die Kosaken hieben auf die Studenten mit Säbeln ein, während sie die zusammengepackten Mädchen bei den Haaren nach dem Gerichtsgebäude schleppten, das die armen Opfer des infamsten Despotismus natürlich nur verlassen, um an den Galgen, in die Bergwerke oder nach Sibirien zu wandern.

Um aber das kleine Kulturbildchen aus dem heiligen Russenreich zu vollenden, muß noch ein Strich hinzugefügt werden, der dem Ganzen erst das rechte Licht gibt. Vor einiger Zeit haben 17 abergläubische, viehisch rohe Bauern im Bezirk Nowgorod ein armes altes Weib, das sie für eine „Hexe“ hielten, lebendig verbrannt. Am 25. Oktober nun ist gegen diese Mörder das Urtheil gesprochen worden und zwar wurden 14 Theilnehmer ganz freigesprochen, die drei überwiesenen und für schuldig erkannten Anführer des Mordes aber vom Gerichtshof zu einer — „kleinen Kirchenbuße“ verurtheilt!

Die Mörder frei, die Barbaren begünstigt, die Todtschläger im Amt, die Schufte am Kommando, die Vorkämpfer der Kultur und Freiheit aber auf dem Schafot, auf der Folter und lebendig begraben — welch herrliches, starkes Reich und wie große Verbrecher die, welche sich erlauben, diesem geordneten Zustand so oder so ein Ende zu machen!

Der vielbesprochene „kommunistische“ Zustand in einem weltverlorenen Rest der Republik Columbien hat sich nun wirklich als das herausgestellt, was wir von Anfang an muthmaßten. Es handelt sich einfach um einen ganz gewöhnlichen Banditenreich, indem eine Bande beutegierigen Gefindels unter Anführung eines abgelebten Alcalde (Gemeindebeamten) die Kaufmannshäuser und zwar namentlich die ausländischen, reicheren angriff und sie ausplünderte, wobei es zwischen den angreifenden Banditen und den sich verteidigenden Kaufleuten zu einem Kampf kam, in welchem verschiedene der letzteren, namentlich mehrere deutsche, getödtet wurden. Daß diese, übrigens alsbald nach ihrem Ueberfall mit der Deute eiligst entlorenen Räuber von dem die Nachricht zuerst mittheilenden zentralamerikanischen Journalisten kurzweg zu „Kommunisten“ gestempelt wurden, kann nicht Wunder nehmen, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Vorstellungen sich der europäische Durchschnittsbourgeois von den „Kommunisten“ macht und mit wie viel Infamien und Dummkheiten über sie die „aufgeklärte“ europäische Presse jahraus jahrein angefüllt ist. Kommunismus heißt ja dem Groß unserer Feinde nichts anderes als „Theilen“, wobei das kapitalistische Ausdeutertum nur das Eine vergißt, daß es selbst in diesem Sinne ein weit gefährlicherer „Kommunist“ ist, als die Deutemacher von Buccaramagna.

B. Solingen, 25. Oktober. Am 17. ds. war gegen den Genossen Jakob Kahl von hier Hauptverhandlung vor der Strafkammer des Oberversichts-Landgerichtes angelegt, auf Grund der Anklage, die „Freiheit“ verbreitet zu haben. Trotz aller Mühe, die sich die Staatsanwaltschaft in den 11 Wochen, während welcher Kahl in Untersuchungshaft war, gegeben hatte, war es derselben doch nicht gelungen, andere belastende Momente beizubringen, als die Anzeige des Polizeikommissärs von Solingen. Man kann sich demnach das Erstaunen des Auditoriums denken, als dieser Grund- und Streckscheiter der Anklage und wirklich „klassische“ Zeuge erklärte, daß er trotz seiner eifrigen Nachforschungen, trotz aller Hausdurchsuchungen leider nicht im Stande gewesen sei, für die Behauptung der Anklage, daß Kahl die Blätter verbreitet, auch nur den geringsten Anhaltspunkt zu gewinnen. Mit einem sehr begrifflichen polizeilichen Seufzer rief er klagend aus: „Ja, bei dieser Partei verdrückt eben Keiner den Andern!“ Nichtsdestoweniger aber versuchte der Staatsanwalt die Anklage aufrecht zu halten, von der wunderbaren Rechtsanweisung ausgehend, daß, weil an einem M. Kahl verschiedentliche Pakete mit „Freiheit“ pr. Post eingegangen, der angeklagte Jakob Kahl der Verbreiter der hier und da bei Einzelnen gefundenen Exemplare früherer Nummern der „F.“ sein müsse! — Natürlich hatte die Verteidigung leichtes Spiel, die Richtigkeit der Anklage zu beweisen, und nach kurzer Berathung fällt das Gericht ein freisprechendes Urtheil! Der schuldige Kahl hätte, wenn der Gerichtshof dem beantragten Strafmaß des Staatsanwaltes entsprochen, 6 Wochen Gefängniß zu „verbüßen“ gehabt, — der unschuldige Kahl hatte 11 Wochen im Gefängniß als Untersuchungsgefangener gesessen, war als Sträfling eingeleidet worden und wurde geschlossen, wie der gemeinste Verbrecher über die Strafe geführt.

Man sieht, die preussischen Staatsanwälte gehen sicher. Gelingt es, die Anklage durchzuführen, um so besser, dann tritt zur Vorhaft noch die Strafbast hinzu; gelingt das nicht, dann hat der unschuldige Angeklagte immerhin mehr Wochen abgesehen, als wozu er im Schuld Falle verurtheilt worden wäre! Brummen muß er aber, wenn er Sozialist ist, auf alle Fälle! Der Altkensel läßt sich ja beliebig verzögern und die Untersuchungsfrist dadurch ganz nach Wunsch verlängern. Eine prächtige Justizpflege, bei der man rechtlos den Willkür des Staatsanwaltes Preis gegeben!

So schwere Opfer den einzelnen Genossen aber durch derartige „gesellschaftliche“ Ungeheuerlichkeiten auch auferlegt werden, so wenig gelingt es und wird es je gelingen, die Bevölkerung für die Prinzipien des Sozialismus und das treue handhafte Festhalten daran zu unterbrücken. Im Gegentheil bringen alle derartigen schreienden Ungerechtigkeiten auch den besangenen Kopf zum Nachdenken und damit zur Erkenntniß des rechten Weges. Einen Beweis dafür erleben wir noch während der obigen Verhandlung im Hörsaalraum des Gerichtes. Vivant sequentes!

G. Tübingen, 24. Oktober. Heute wurde hier vor der Strafkammer des Landgerichtes ein Sozialistenprozeß verhandelt. Als Angeklagte erschienen die beiden Neutlinger Sozialisten: Apotheker Hehlisen und Tuchmacher Walz, unter der Beschuldigung, verbotene Schriften verbreitet zu haben. Wie neuer Zeit üblich, war es die Post, die diesen Prozeß veranlaßte und zwar diesmal die in Wühlhausen im Elsaß. Dieses redliche Institut überlieferte ein an Walz und ein an Hehlisen adressirtes Couvert, je mit einer Nummer der „Freiheit“, der Staatsanwaltschaft. Daraus wurden die Adressaten behausucht und verhört. Obgleich nun nicht der geringste Beweis gegen ihn vorlag, ließ sich Hehlisen durch die geschwätzige Drohung des Untersuchungsrichters, ihn im Falle er nicht gestehe, sofort verhaften zu lassen, einschüchtern und gab unvorsichtiger Weise zu, daß er das Londoner Blatt verbreitet habe. Walz dagegen bestritt das und wurde hierauf verhaftet; indeß entließ man ihn nach 8 Tagen wieder, ohne daß er etwas gekannt hätte. Angeklagt wurde er aber trotzdem und zwar aus einem überaus lächerlichen „Grunde“. Von den ge-„störten“ Blättern war nämlich das an Walz adressirte Nr. 31, das an Hehlisen adressirte Nr. 32. Daraus schloß nun der Staatsanwalt, ein Herr Schuerle, beide hätten das Blatt gemeinschaftlich bezogen, so daß immer eine Nummer an Walz und die nächste an Hehlisen adressirt worden sei und einer habe dem andern die Nummer, die er erhalten, zugestellt, das Blatt also „verbreitet.“

Dem Staatsanwalt schienen indessen doch selbst Zweifel aufgestiegen zu sein, ob eine solche Anklage zu einer Verurtheilung führen könne. Demnach kurz vor der Verhandlung versiel er auf ein originelles Mittel, um weiteres Material gegen Walz zu bekommen. Er ließ sich nämlich von der Neutlinger Polizei die Proskriptionsliste sämtlicher Neutlinger Sozialisten geben und lud von den darin Benannten acht (meist Tuchmacher) als Zeugen darüber vor, ob Walz ihnen verbotene Schriften gegeben habe. Diese Zeugen mußten aber glücklicherweise nicht Grauzendes, so daß der Staatsanwalt mit seinem schlaun Kunstmittel abfiel.

Es war daher für Walz, der sich glänzend verteidigte, ein Leichtes, die Anklage in ihr Nichts zurück zu schleudern. Er wurde freigesprochen, Hehlisen dagegen nach einer brillanten Rede seines Verteidigers, Advokat Becker, zu R. 100 Strafe und die Kosten verurtheilt. — Die Genossen allerwärts im Reiche mögen aus dem Vorgehen des hiesigen Staatsanwaltes eine gute Lehre ziehen: Wer zukünftig verbotene Schriften verbreitet, der thue das womöglich anonym, so daß Derjenige, dem man etwas zustellt, gar nicht weiß, woher es kommt! Man werke das betreffende Blatt dem Genossen in die Stube, man stecke es ihm unversehens in die Rocktasche u. s. w. u. s. w. Wer dann von irgend einem pfiffigen Staatsanwalt als Zeuge vorgelesen wird, kann ruhig schwören: „Der Angeklagte hat mir nie etwas Verbotenes gegeben.“

Koch eines verdient aus diesem Prozeß bemerkt zu werden: in der „Freiheit“, vom 13. September erschien eine Neutlinger Korrespondenz, worin das Verfahren gegen Walz treffend geschildert wurde. Diesen Artikel schmit das Berliner Polizei-Präsidium aus und sandte ihn dem Staatsanwalt hieher, mit der Aufforderung, er möge Nachforschungen nach dem Artikelfreiber anstellen.

Die Mainzer Central-Untersuchungs-Kommission seligen Angedenkens ist also wieder aufstanden als Berliner Polizei-Präsidium und der preussische Stieber streckt seine langen Finger unbehindert bis an die Ufer des Rheins.

Filialexpeditionen des „Sozialdemokrat.“ In London

ist der „Sozialdemokrat“ zu beziehen und zwar frei ins Haus 2 Sh., selbst abgeholt bei der untenstehenden Adresse und in den Versammlungen 1 Sh. 6 d. per Quartal, durch

W. Hoffmann,
37 A. Prince Street Leicester Square London W.

In Paris

liefern den „Sozialdemokrat“ im Monats- und Quartalsabonnement:
Blum, 66 rue Montorgueil
Trapp, 65 rue de Madamo, Hotel Baldrian
Voss, 6 rue de Louis.

Im unterzeichneten Verlag erscheint demnächst:

Rechenschaftsbericht

der
socialdemokratischen Mitglieder
des deutschen Reichstages.

über ihre parlamentarische Thätigkeit während des
Jahres 1878—79.

Preis 25 Cts. = 20 Pfg.

Bestellungen auf dieses, für die Kenntniß der politischen Geschichte Deutschlands und der Stellung und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit den Attentaten sehr wichtige Aktenstück werden schon jetzt entgegengenommen und zwar ausser beim Verleger bei allen bekannten Agenten des „Sozialdemokrat“, sowie bei der Schweizerischen Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich.

A. HERTER, Industriehalle, Riesbach-Zürich.

©Schweiz. Vereinsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.